

Bundesregierung:

# Jahreswirtschaftsbericht 1984

## Strategien zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am 1. Februar den Jahreswirtschaftsbericht 1984 verabschiedet. Er ist ein geschlossenes Gesamtkonzept für die Wirtschaftspolitik in dieser Legislaturperiode. Der Bericht macht deutlich, daß die Wirtschaftspolitik 1984 sich an einer mittelfristigen Strategie zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit orientiert.

Dazu folgende Auszüge aus dem Jahreswirtschaftsbericht 1984, der als Bundestagsdrucksache 10/952 veröffentlicht worden ist.

### I. Ausgangslage und wirtschaftliche Perspektiven für 1984

#### 1. Wirtschaftspolitische Ausgangslage

Die Bundesregierung hat ihr wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisches Konzept zur Wiedergewinnung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Stabilität für diese Legislaturperiode im einzelnen bereits im letzten Jahreswirtschaftsbericht dargelegt. Sie hat dabei von Anfang an darauf hingewiesen, daß die Fehlentwicklungen angesichts der Vielzahl und Schwere der übernommenen Hypotheken nicht kurzfristig zu korrigieren sind, sondern grundlegende Erfolge nur in einem mehrjährigen Prozeß erreicht werden können. In dem Votum der Wähler bei der Bundestagswahl vom 6. März 1983 sieht sie auch eine eindrucksvolle Bestätigung für ihr Konzept. Seine Leitgedanken sind

- **ordnungspolitische Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft**, insbesondere verlässliche und widerspruchsfreie wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, Stärkung der Leistungs- und Risikobereitschaft, Sicherung des Wettbewerbs und Verringerung bürokratischer Hemmnisse;
- **Wiederherstellung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit des Staates**, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Rückführung des Staatsanteils, qualitative Verbesserung der Ausgabenstruktur und eine leistungsfreundlichere Besteuerung;
- **eine Sozialpolitik, die sich von den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität leiten lässt** und die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme dauerhaft gewährleistet sowie
- intensives Bemühen um europäische und weltwirtschaftliche Konzertierung und Kooperation zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Ausweitung des Welthandels und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

**Im ersten Jahr ihrer Amtsführung packte die Bundesregierung die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Aufgaben zielstrebig an:**

- **Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte**, die ein entscheidendes Erfordernis für die Wiederherstellung eines von mehr arbeitsplatzschaffenden Investitionen getragenen nachhaltigen Wachstumsprozesses ist, kam 1983 ein beachtliches Stück voran; dies unterstreicht auch der Sachverständigenrat. Der Nettokreditbedarf des Bundes fiel mit 31½ Mrd. DM sogar um 9½ Mrd. DM geringer aus als im Haushalt veranschlagt worden war und wird im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung konsequent weiter gesenkt. Das Vertrauen in die Solidität der öffentlichen Finanzen nimmt wieder zu.
- **Die finanzielle Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme wurde gestärkt**. Die längerfristige Stabilisierung der Rentenversicherung ist eingeleitet. Der Zuschussbedarf der Arbeitslosenversicherung wurde erheblich reduziert. In der Krankenversicherung haben die Konsolidierungs- und Kostendämpfungsmaßnahmen zu einer Senkung des durchschnittlichen Beitragssatzes geführt.
- **In der Steuerpolitik wurden wichtige Schritte für eine stärkere Förderung von Investitionen und Innovationen getan**. Das gilt sowohl für die Anfang 1983 wirksam gewordenen Steuerentlastungen für Unternehmen und private Bauherren als auch für die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen neuen steuerlichen Entlastungsmaßnahmen.
- **Nach über dreizehn Jahren Stillstand in der Vermögenspolitik wurde der Förderbeitrag im Vermögensbildungsgesetz von jährlich 624 DM auf 936 DM erhöht**. Dabei soll der Aufstockungsbetrag einen deutlichen Fortschritt in der Kapitalbeteiligung der Ar-

beitnehmer bringen und der Bildung von Risikokapital dienen. Dazu wurde auch der Anlagekatalog für die Vermögensbeteiligungen entsprechend erweitert.

- Wichtige Weichen zur Entbürokratisierung und zur Beseitigung von Behinderungen durch administrative Regelungen wurden gestellt. **Die Privatisierung von gewerblichem Bundesvermögen hat begonnen.**
- Mit der Änderung investitionsemmender Vorschriften im Miet- und Wohnrecht wurden dauerhafte Anreize für die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau geschaffen.
- Die Konditionen des Eigenkapitalhilfeprogramms wurden verbessert; **dies hat zu einem deutlichen Anstieg der Existenzgründungen geführt.**
- Ein Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme wird mit dem Gesetzentwurf zur Förderung von Vorruhestandsgeld geleistet. Es ist ein Angebot des Staates an die Tarifvertragsparteien, um die schwierigen Jahre, in denen die geburtenstarken Jahrgänge ins Berufsleben treten, durch gemeinsames Handeln zu bewältigen.
- Dem Appell des Bundeskanzlers an die deutsche Wirtschaft folgend hat diese die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze im letzten Jahr um 46 000 auf den Rekordstand von 697 000 gesteigert. Damit wurde die Zahl der von der Wirtschaft im Frühjahr zugesagten zusätzlichen 30 000 Ausbildungsplätze um mehr als die Hälfte übertroffen.

Der eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs erwies sich als erfolgreich. Die im letzten Jahreswirtschaftsbericht gesetzten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele wurden erreicht oder — wie insbesondere beim wirtschaftlichen Wachstum — sogar deutlich übertroffen. Dies bestätigt auch der Sachverständigenrat, wenn er feststellt, daß die wirtschaftliche Entwicklung 1983 einen Schritt vorangekommen ist.

Die Stimmung in der Wirtschaft ist mehr und mehr von Zuversicht geprägt. Die Beurteilung der Geschäftslage und die Erwartungen in der Industrie haben sich beträchtlich verbessert; die Bereitschaft der Verbraucher ist gewachsen, lange zurückgestellte Anschaffungspläne zu verwirklichen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich wieder auf einem klaren Wachstumspfad. Die Umkehr zum Besseren ist sogar deutlicher ausgefallen, als von fast allen erwartet wurde. Im Jahresverlauf 1983 kam es erstmals seit 1980 wieder zu einem deutlichen realen Anstieg des Bruttosozialprodukts. Die innenwirtschaftlichen Auftriebskräfte haben sich nach dem Urteil des Rates so weit gefestigt, daß die Erholung eine solide Basis hat. Der tiefe Wachstumseinbruch des Vorjahres wurde mehr als wettgemacht. Günstigere Absatz- und Ertragsaussichten haben die Unternehmer erstmals seit zwei Jahren wieder zu verstärkten Investitionen in Produktionsanlagen veranlaßt. Die Kapazitäten sind wieder besser ausgelastet. Diese Ergebnisse sind um so höher einzuschätzen, als — im Gegen-

satz zu allen früheren vergleichbaren Konjunkturphasen — diesmal von Seiten des Exports zunächst dämpfende Einflüsse auf die Binnenwirtschaft ausgingen. Inzwischen hat sich aber auch die Auslandsnachfrage belebt, so daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung jetzt auf einem breiteren Fundament steht.

**Auf dem Arbeitsmarkt konnte die langanhaltende Verschlechterungstendenz gestoppt werden.** Der Anfang 1981 begonnene Beschäftigungsabbau scheint inzwischen ausgelaufen zu sein. Die Kurzarbeit hat sich binnen Jahresfrist mehr als halbiert. Die Zahl der Arbeitslosen, die von Ende 1979 bis Ende 1982 um fast 1,5 Mio. gestiegen war, blieb zwar bis zuletzt sehr hoch, saisonbereinigt ging sie jedoch in den letzten Monaten erstmals seit dreieinhalb Jahren — um rund 90 000 — zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosenzahl auf einen konjunkturellen Umschwung nur mit erheblicher Verzögerung reagiert. **Die Bereitschaft der Unternehmen zur Neueinstellung von Arbeitskräften nimmt zudem wieder zu.**

Trotz zeitweiser verstärkter außenwirtschaftlicher Teuerungseinflüsse und der Mehrwertsteueranhebung hat sich der Preisanstieg erheblich verlangsamt. **Die Steigerung der Verbraucherpreise erreichte im vierten Quartal 1983 mit 2,6 v. H. den niedrigsten Stand seit 1978.**

Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht blieb gewahrt. **Die Leistungsbilanz schloß mit einem fast so hohen Überschuß ab wie ein Jahr zuvor.** Anders als die Ausfuhren wurden die Einfuhren im Gefolge der günstigeren Binnenkonjunktur bereits von Beginn des Jahres 1983 an erheblich ausgeweitet. Damit hat die deutsche Wirtschaft im abgelaufenen Jahr zugleich einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigung in ihren Partnerländern geleistet.

## 2. Gesamtwirtschaftliche Eckwerte

Angesichts der verbesserten Ausgangslage und aufgrund der derzeit verfügbaren Informationen hält die Bundesregierung 1984 eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung für erreichbar, bei der

- das Bruttonsozialprodukt im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau um rund 2½ v. H. real überschreitet,
- die Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf weiter abnimmt und im Jahresdurchschnitt et was unter 9 v. H. der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. knapp 8 v. H. aller Erwerbspersonen betragen könnte,
- der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt auf rund 3 v. H. begrenzt werden kann,

— das außenwirtschaftliche Gleichgewicht mit einem nominalen Außenbeitrag von rund +2½ v. H. und einem Leistungsbilanzüberschuß von rund ½ v. H. des Bruttosozialprodukts erhalten bleibt.

Für die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1984 sind die Ausgangsbedingungen vor allem auch deshalb günstiger, weil inzwischen ein Umschwung in der Auslandsnachfrage zu verzeichnen ist. Zugleich haben sich die Investitionsbedingungen aufgrund gestiegener Erträge, einer im Vergleich zu Geldanlagen inzwischen wieder höheren Rentabilität von Sachkapitalinvestitionen sowie in vielen Branchen stärker genutzter Kapazitäten spürbar verbessert. Unterstützt wird dies durch die Wirkungen der im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 für den Unternehmensbereich Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen investitionsfördernden Steuererleichterungen.

Damit verbessern sich auch die Voraussetzungen dafür, daß über eine Verstärkung der Investitionstätigkeit das zur Zeit sehr niedrige Wachstum des Produktionspotentials von 1½ bis 2 v. H. mittelfristig wieder nachhaltig erhöht und so die Schaffung zusätzlicher rentabler Arbeitsplätze ermöglicht wird. Die Wohnungsbautätigkeit dürfte sich schon aufgrund der im vergangenen Jahr deutlich gestiegenen unerledigten Aufträge 1984 weiter verstärken. Höhere Ausfuhren und mehr private Investitionen lassen zudem über die dadurch ausgelösten Einkommens- und Beschäftigungseffekte auch für den privaten Verbrauch erneut eine leichte reale Zunahme erwarten.

Die für eine nachhaltige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung charakteristische sich wechselseitig bedingende Dynamik der verschiedenen Nachfragebereiche kommt damit zunehmend in Gang. Unterstützt wird diese Entwicklung, wenn die öffentlichen Investitionen insbesondere im kommunalen Bereich, dem bei weitem größten öffentlichen Investor, wieder zunehmen. Dies sollte angesichts der inzwischen erreichten Konsolidierungsfortschritte trotz der gestiegenen Sozialhilfbelastungen möglich sein.

Bei einer solchen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte die Beschäftigung im Jahresverlauf insgesamt wieder zunehmen. Dazu wird auch die steigende Zahl von Existenzgründungen beitragen, die in der Regel mit der Einstellung von Arbeitnehmern verbunden sind. Trotz der aus demographischen Gründen noch wachsenden Erwerbsbevölkerung ist die Bundesregierung daher zuversichtlich, daß die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf 1984 weiter zurückgeht.

## II. Soziale Marktwirtschaft für die achtziger Jahre

### 1. Politik für mehr Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität

#### Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft

Für die Bundesregierung ist die Soziale Marktwirtschaft die Maxime ihres Handelns. Konstitutive Elemente ihrer Politik sind individuelle Entscheidungsfreiheit und Verantwortlichkeit, Tarifautonomie, privates Eigentum, ein funktionsfähiger Wettbewerb und freie Preisbildung zur Steuerung von Angebot und Nachfrage. Anerkennung von Leistung, Kreativität und Erfolg sind ebenso unverzichtbar wie ein solides System der sozialen Sicherheit, verlässliche staatliche Rahmenbedingungen und eine vertrauenschaffende Geld- und Währungsordnung. Mit einem solchen vom Staat gesetzten Datenkranz und einer konsequent marktwirtschaftlich orientierten Politik können Investitionen, Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand am besten geschaffen und erhalten werden. Gleichzeitig wird damit ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Leistungsfähigkeit gesichert.

Leistung, Kreativität und Eigeninitiative müssen wieder lohnend gemacht werden; Mehrleistung darf nicht bestraft werden. Finanzielle Anreize vermögen wenig, wenn die Nettoeinkommen durch Steuern und Sozialabgaben zunehmend nivelliert werden.

Den Bürgern müssen wieder vermehrt Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihrer Fähigkeiten eingeräumt werden. Es kommt darauf an, durch Beseitigung einengender staatlicher Vorschriften die Wachstumschancen zu verbessern und zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beizutragen. Vor allem im Bereich der mittelständischen Wirtschaft und bei freiberuflichen Tätigkeiten können dadurch private Initiative und Engagement mobilisiert werden.

#### Freisetzung neuer Investitionsdynamik

Durch konsequente Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie durch ihre verlässliche und widerspruchsfreie Ausgestaltung wird die Bundesregierung dazu beitragen, daß die Investitionsschwäche der letzten Jahre dauerhaft einer neuen Investitionsdynamik Platz macht, der Produktionsapparat modernisiert wird und auch risikoreiche innovative Vorhaben wieder verstärkt zum Zuge kommen.

#### Einkommenspolitische Vernunft

Die Bundesregierung geht bei den Orientierungsdaten davon aus, daß auch die Lohnabschlüsse des Jahres 1984 den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen

und dabei den Wunsch nach einer Verbesserung der Einkommenssituation der Arbeitnehmer mit der Notwendigkeit von mehr arbeitsplatzschaffenden Investitionen in Einklang bringen. Die Tarifparteien würden damit **einen entscheidenden Beitrag zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit leisten.**

## Marktwirtschaftliche Strukturpolitik

Die deutsche Wirtschaft wird sich in den kommenden Jahren erheblichen Herausforderungen gegenübersehen, die insbesondere auf dem verstärkten internationalen Wettbewerb, dem technologischen Wandel und seiner Umsetzung im Produktionsprozeß beruhen. Dies bedeutet Risiken, es bietet aber auch die Chance, technischen Fortschritt dauerhaft zur Steigerung von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu nutzen. Risiken und Chancen im Einzelfall gegeneinander abzuwägen und marktgerecht darauf zu reagieren, ist Sache der Unternehmen. Doch ist es Aufgabe des Staates, die Fähigkeit und die Bereitschaft zum wirtschaftlichen Risiko zu stärken. Eine marktwirtschaftliche Strukturpolitik muß deshalb auf mehr Flexibilität und Mobilität von Arbeit und Kapital und den Abbau verkrusteter Strukturen gerichtet sein. Dazu gehört vor allem

- die Eindämmung und mittelfristige Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung;
- die stufenweise Verminderung und der Abbau von Subventionen und steuerlichen Vergünstigungen, die privates Kapital der Verwendung in produktiveren, arbeitsplatzschaffenden Investitionen entziehen;
- die Überprüfung staatlicher Regelungen, die wesentliche **Hindernisse für mehr Risikokapital** zur Finanzierung von innovativen unternehmerischen Aktivitäten bilden;
- die Übertragung solcher **staatlichen Aktivitäten auf Private**, die von diesen ohne Beeinträchtigung der hoheitlichen Belange ebenso wirksam oder wirksamer übernommen werden können;
- der Abbau von Vorschriften, die **größerer Flexibilität am Arbeitsmarkt** und der Beschäftigung in den Unternehmen entgegenstehen.

## Günstiges Forschungsklima

Eine Strukturpolitik für die Zukunft muß zugleich auf eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung ausgerichtet sein. Vor allem muß ein für Spaltenforschung sowie für die Entwicklung und Anwendung neuer Techniken günstiges Klima geschaffen werden. **Technologie darf kein Objekt der Angst sein, sondern muß als Herausforderung verstanden werden.** Das setzt Aufgeschlossenheit gegenüber Technik und Verständnis für Zusammenhänge zwischen technischer Entwick-

lung und wirtschaftlichem Wohlstand, nicht zuletzt schon in den allgemeinbildenden Schulen, voraus.

Für die hochindustrialisierte, in den weltweiten Wettbewerb und Strukturwandel eingebundene deutsche Volkswirtschaft gibt es zur Beherrschung und wirtschaftlichen Nutzung moderner Technologien keine Alternative. Für die Umsetzung von Technologie sind dabei vor allem rentable Investitionen und Produkte, die am Weltmarkt Erfolg haben, erforderlich. Diese schaffen neue und sichern bestehende Arbeitsplätze.

## 2. Handlungsschwerpunkte 1984

### Solide Haushaltspolitik

Mit dem Bundeshaushalt 1984 und den ihn begleitenden Gesetzen wird ein weiterer wichtiger Schritt zur Gesundung der öffentlichen Finanzen und zur Belebung der Wirtschaft getan. Die Defizite sind aber immer noch zu hoch; ihr weiterer Abbau ist eine notwendige Voraussetzung dafür, daß die Zinsen wieder sinken können und unsere Volkswirtschaft wieder mehr produktives, arbeitsplatzschaffendes Kapital zur Verfügung hat. Auch die Mehrheit des Sachverständigenrates räumt der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Priorität ein. Sie bestätigt, daß der bisherige Konsolidierungskurs den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen voll Rechnung trägt und einer Fortsetzung dieser Politik 1984 noch weniger als 1983 konjunkturelle Rücksichten entgegenstehen.

### Leistungs- und investitionsfördernde Steuerpolitik

Mit dem Dringlichkeitsprogramm vom Herbst 1982 und dem Steuerentlastungsgesetz 1984 hat die Bundesregierung die Voraussetzungen für eine nachhaltige Stärkung der Innovations- und Investitionskraft der Wirtschaft verbessert. Im Mittelpunkt stehen Entlastungen bei der Gewerbe- und Vermögensteuer, ergänzt durch Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen, besonders für den Mittelstand und für Forschung und Entwicklung.

Diese steuerlichen Erleichterungen für die Wirtschaft müssen, sobald der Konsolidierungsprozeß es zuläßt, durch allgemeine dauerhafte Entlastungen von leistungshemmenden Abgaben auf den Einkommenszuwachs ergänzt werden. Die dritte Stufe der steuerpolitischen Strategie der Bundesregierung ist daher die Tarifanpassung bei Lohn- und Einkommensteuer, die Arbeitnehmern und Unternehmern zugute kommt und durch einen Abbau der Progression gesamtwirtschaftlich von großer Bedeutung ist: der Anreiz für zusätzliche wirtschaftliche Aktivitäten wird verstärkt, der Schattenwirtschaft entgegengewirkt, die Übernahme hoher Investitionsrisiken ermöglicht und die Voraus-

setzung zur Bildung von Eigenkapital erleichtert, die Wachstumsaussichten werden verbessert.

**Im Rahmen der Tarifanpassung wird die Bundesregierung ihrer Ankündigung gerecht werden, das Steuerrecht familienfreundlicher auszustalten. Über Umfang und Zeitpunkt der Steuerentlastungen wird sie bis Mitte des Jahres Grundsatzbeschlüsse fassen; gleichzeitig wird auch über Ausgleichsmaßnahmen, vor allem durch Abbau von steuerlichen Sonderregelungen und Finanzhilfen, zu entscheiden sein.**

### Privatisierung öffentlicher Beteiligungen und Dienstleistungen

**Die Bundesregierung wird ihre bereits im Jahreswirtschaftsbericht 1983 angekündigte Absicht weiterverfolgen, öffentliches Vermögen dort zu privatisieren, wo dies ohne Beeinträchtigung staatlicher Belange möglich ist.**

Ein erster Schritt ist die Veräußerung eines wesentlichen Teils der Bundesanteile an der VEBA. Die Bundesregierung untersucht derzeit bei allen Bundesbeteiligungen, ob ein wichtiges Bundesinteresse noch gegeben ist und ob es gegebenenfalls auch bei einem niedrigeren Beteiligungsgrad oder bei mittelbarem Beteiligungsbesitz gewahrt werden kann.

### Abbau bürokratischer Hemmnisse

Die Entlastung der Wirtschaft und Bürger von unnötigen, einengenden staatlichen Vorschriften ist nach Auffassung der Bundesregierung besonders wichtig, um die Wachstumschancen zu verbessern und zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beizutragen. **Entbürokratisierung** ist nicht nur eine dauerhaft sich stellende Aufgabe der Exekutive; sie erfordert auch ein Umdenken der Bürger in ihren Ansprüchen an den Staat und ein Besinnen auf mehr Eigenverantwortung.

### Mehr Risikokapital

**Mehr arbeitsplatzschaffende Investitionen erfordern** eine solide Finanzierung der Unternehmen; hierzu gehört auch eine ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital. Viele der von der Bundesregierung bereits eingeleiteten Maßnahmen zielen nicht zuletzt auf eine verbesserte Kapitalausstattung der Unternehmen, wie die begonnene Haushaltssolidierung, die steuerlichen Entlastungen, die Einschränkung der steuerlichen Vorteile von Bauherrenmodellen und die Vermögenspolitik.

### Weiterer Ausbau der Vermögensbildung

Mit dem neuen Vermögensbeteiligungsgesetz sind zum 1. Januar 1984 kurzfristig realisierbare Maßnahmen zur stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der Un-

ternehmen in Kraft getreten. **Die Bundesregierung beabsichtigt, noch in dieser Legislaturperiode einen weiteren Gesetzentwurf zur Vermögensbildung auszuarbeiten.** Dabei sind vor allem Regelungen für außerbetriebliche Vermögensbeteiligungen über Kapitalanlage- bzw. Kapitalbeteiligungsgesellschaften vorgesehen, die den Arbeitnehmern die Beteiligung an nicht emissionsfähigen Unternehmen erleichtern sollen.

### Beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik

Einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme leistet die **Arbeitsmarktpolitik**. Sie muß dafür sorgen, die **Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte zu erhalten und die Wiederbeschäftigung der Arbeitsuchenden zu fördern**. Vor allem die Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden verstärkt eingesetzt und tragen spürbar zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei.

Bei der **Arbeitsmarktpolitik** muß darauf geachtet werden, daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Unternehmen nicht beeinträchtigt wird. Insbesondere bei Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen zusätzliche Kostenbelastungen der Arbeitsplätze vermieden werden. Versuche, durch globale Zwangsregelungen vorhandene Arbeitsplätze umzuverteilen, können Beschäftigungsprobleme nicht lösen. Es sollen jedoch flexiblere Regelungen angestrebt werden, die den einzelnen Arbeitnehmern und Unternehmern eine individuelle Gestaltung der Arbeitszeiten ermöglichen. Die vielfältigen Anwendungsformen neuer Technologien haben dabei die organisatorischen Möglichkeiten und die betrieblichen Notwendigkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit erhöht. Neue flexible Formen der Tages-, Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit können zugleich den individuellen Arbeitszeitwünschen der Arbeitnehmer und den veränderten Anforderungen der Betriebe Rechnung tragen und den Arbeitsmarkt entlasten.

### Mehr Chancen für Jugendliche in Ausbildung und Beruf

Für 1984 erwartet und unternimmt die Bundesregierung wiederum große Anstrengungen, damit möglichst alle Jugendlichen, die Ausbildungsplätze anstreben, ein Lehrstellenangebot erhalten. Insbesondere die Wirtschaft ist — wie schon 1983 — gefordert, mit hoher Ausbildungsbereitschaft auf die erwartete große Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu antworten. Unternehmen, Gewerkschaften und Gebietskörperschaften sind aufgerufen, 1984 ihre Anstrengungen zur Verbesserung des Lehrstellenangebots, insbesondere auch für Mädchen, noch einmal zu steigern. Vor allem sollten die mittleren und größeren Betriebe ihre Ausbildungsleistungen erhöhen und die bisher noch nicht ausbildenden Betriebe an der dualen Berufsausbildung mitwirken.

## Mittelstandspolitik

Die Neubesinnung auf die marktwirtschaftliche Ordnung dient vor allem auch dem Mittelstand. Die eingeleitete Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Investitionen und Innovationen stärkt die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, indem sie deren Leistungs- und Anpassungsfähigkeit im Wettbewerb mit großen Unternehmen besser zur Geltung bringt. Der Mittelstand hat für die Wiedergewinnung eines ausreichenden Wirtschaftswachstums und Beschäftigungsstandes sowie für die Sicherung der Berufsausbildung der in das Erwerbsleben tretenden starken Jahrgänge hohe Bedeutung. Es kommt jetzt darauf an, daß eine stetige und verlässliche Fortführung der begonnenen Politik die Attraktivität von Selbständigkeit und Unternehmertätigkeit weiter erhöht und zusätzliche Beschäftigungsimpulse gibt. Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis kleiner und mittlerer Unternehmen, die gerade auch für risikobehaftete Innovationen in Zukunftstechnologien erforderlich ist, bedarf es ausreichender Unternehmenserträge und besserer Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Risikokapital.

## Forschungs- und Technologiepolitik

Für die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft ist technischer Fortschritt unerlässlich. Dies gilt auch für die Vermeidung, Behebung und Eindämmung von ökologischen Schäden und Risiken, die sich durch die zivilisatorische Entwicklung ergeben. Vor diesem Hintergrund sieht die Bundesregierung folgende Ansatzpunkte für ihre Forschungs- und Technologiepolitik:

- Stärkung der Grundlagenforschung;
- Forschung in Bereichen staatlicher Daseinsvorsorge (Umwelt, Klima, Gesundheit, Sicherheit);
- „Großforschung“ (Weltraumforschung, Versuchs- und Demonstrationsvorhaben im Energie- und Verkehrsbereich, Meeresforschung);
- Verbesserung der Infrastruktur und der Kooperation in der Forschung;
- Verbesserung der Ausgangs- und Rahmenbedingungen für Innovationen in der Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und für innovative Unternehmensgründungen sowie
- technologische Forschung und Entwicklung in der Industrie.

Die direkte Vorhabenförderung im Bereich der Wirtschaft wird zunehmend auf besonders risikoreiche, aufwendige, die Privatwirtschaft überfordernde längerfristige Vorhaben sowie auf Bereiche staatlicher Daseins- und Zukunftsvorsorge (z. B. Sicherheits-, Umwelt- und Gesundheitsforschung) konzentriert. Die Bundesregierung wird andererseits die direkte Förderung einschränken und die indirekte Förderung verstärken.

## Umweltpolitik

Die Bundesregierung bekräftigt ihre Überzeugung, daß dauerhafte Erfolge im Umweltschutz am ehesten auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft erreichbar sind. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz stellen keinen Gegensatz dar, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zukunftsorientiert auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen hin gestaltet werden, wenn alle in der Gesellschaft ihrer Verantwortung für eine gesunde Natur, für Boden, Wasser und Luft gerecht werden und wenn sie auch bereit sind, die Kosten, die wirksamer Umweltschutz verursacht, mitzutragen. Zu einer vorsorgenden Umweltpolitik gehören auch verstärkte Anstrengungen in der ökologischen Forschung und bei der Entwicklung von fortschrittlichen Verfahren, welche die Emission von Schadstoffen vermindern oder ganz ausschließen.

Es kommt, wie auch der Sachverständigenrat hervorhebt, zunehmend darauf an, mit mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz mehr und konsequenteren Umweltschutz in einer leistungsfähigen Wirtschaft zu erreichen. Stärkung des Eigeninteresses der Wirtschaft am Umweltschutz und wirtschaftliche Belohnung umweltfreundlichen Verhaltens sollen einhergehen mit der Notwendigkeit, umweltfeindliche Produktionsverfahren, die sich nicht mehr lohnen dürfen, zu ändern.

Die vorurteilslose Prüfung der Möglichkeiten, verstärkt ökonomische Instrumente im Umweltschutz einzusetzen, schließt keine Lösung von vornherein aus. Ohne die Vorgabe von Grenzwerten und rechtlichen Rahmendaten kommt wirksamer Umweltschutz allerdings nicht aus. Konkrete Vorschläge der Wirtschaft selbst wird die Bundesregierung bei der Suche nach den jeweils geeigneten Instrumenten sorgfältig prüfen.